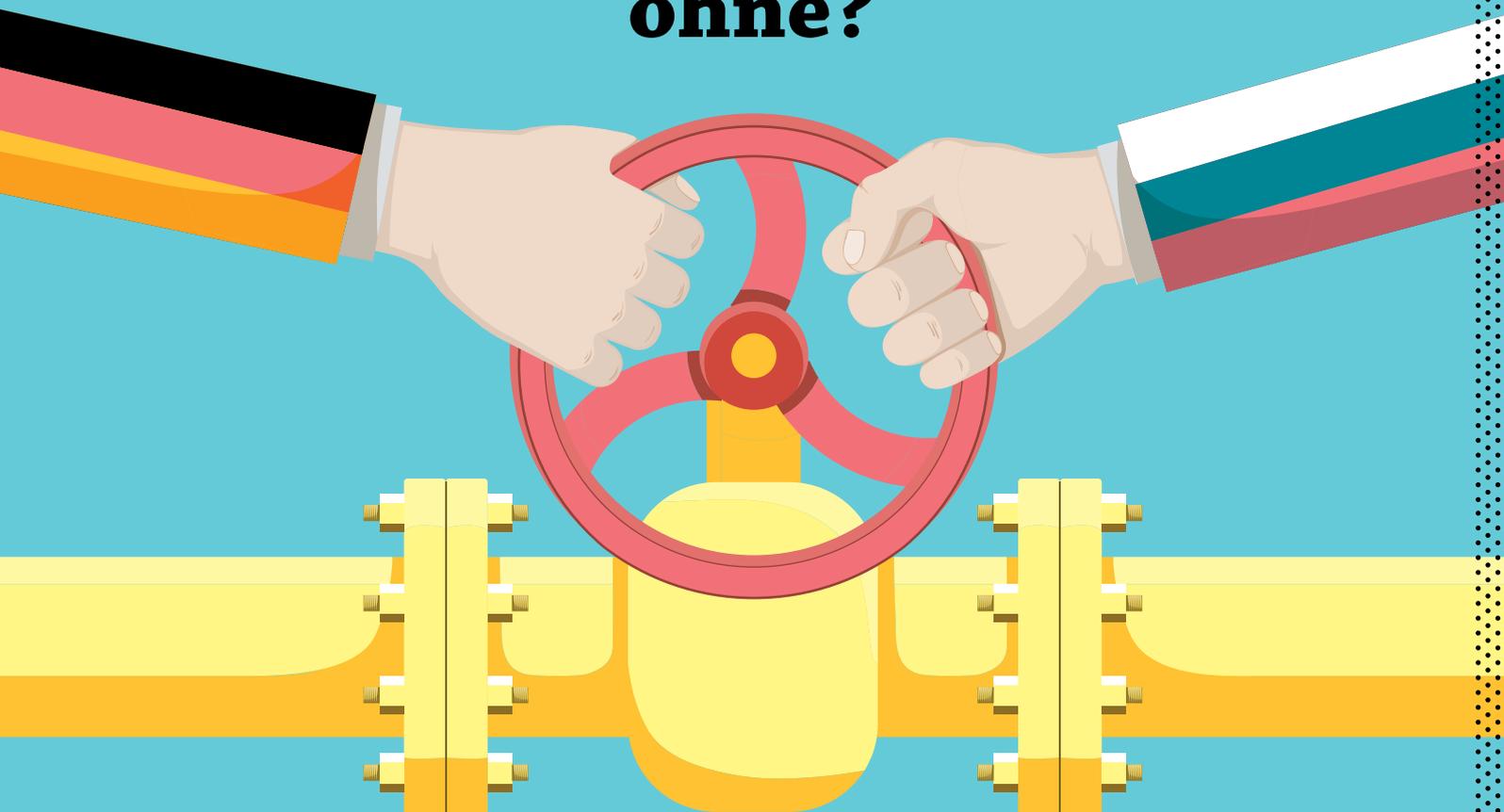


Kann Deutschland ohne?



Erdgas. Was passiert, wenn Russlands Präsident Putin den Gashahn zudreht? Oder wenn die Bundesregierung als weitere Sanktionsmaßnahme einen Importstopp für russisches Gas beschließt? Schon jetzt sind die Energiepreise so hoch wie noch nie, was wiederum die Inflation nach oben treibt. Und dabei wird es nicht bleiben: Auch Lebensmittel, Autos und viele andere Waren, die mithilfe russischer oder ukrainischer Rohstoffe und Vorleistungsgüter hergestellt werden, dürften sich verteuern. Der Wirtschaftsaufschwung nach den beiden Corona-Jahren wird durch den Krieg in der Ukraine auf jeden Fall gehörig ausgebremst, erklärt IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-8](#)

Altersversorgung

Nur Teile der Bevölkerung in Deutschland sorgen sich um ihre finanzielle Situation im Alter – die Politik sollte dies bei ihren Plänen zur Vorsorgepflicht berücksichtigen.

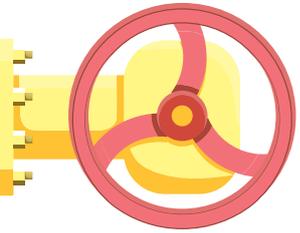
—> [Seiten 10-11](#)

Gesetzliche Unfallversicherung

Die Zahl der Arbeitsunfälle ist 2020, also im ersten Corona-Jahr, weiter gesunken. Homeoffice und Lock-down haben auch zu weniger Wegeunfällen geführt.

—> [Seiten 12-14](#)

Fatale Abhängigkeit



Erdgas. Wie lange kann Deutschland ohne russisches Gas auskommen? Die Antwort auf diese Frage hängt von vielen Faktoren ab, unter anderem vom Wetter und den Füllständen der heimischen Gasspeicher.

Deutschland kann Autos und Impfstoffe. Auch in Maschinen, Windrädern, elektrischen Ausrüstungen und Datenverarbeitungsgeräten sind wir gut. Doch all das braucht

Energie – und die stammt noch immer überwiegend aus fossilen Quellen (Grafik):

Rund 34 Prozent des Primärenergieverbrauchs in Deutschland wurden im Jahr 2020 aus Mineralöl gewonnen, gut 26 Prozent aus Erdgas.

Ein Großteil des hierzulande eingesetzten Erdgases, Erdöls und der Steinkohle kommt, wie vielen erst seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs so richtig klar wurde, aus Russland.

Und nicht nur die Unternehmen brauchen diese Energiequellen, auch die meisten privaten Haushalte sind auf Öl oder Gas in der ein oder anderen Form angewiesen – so stellen Gasheizungen die meistgenutzte Wärmequelle in deutschen Wohnungen und Häusern dar.

Deutschland selbst fördert jedoch nur sehr wenig Erdgas, etwa 95 Prozent der benötigten Menge werden importiert. Und beim Gas ist die Abhängigkeit Deutschlands von Russland besonders groß (Grafik Seite 3 oben):

Mehr als die Hälfte des Erdgases, das Deutschland im Jahr 2020 einfuhrte, kam aus Russland.

Die Abhängigkeit ist jedoch alles andere als einseitig. Denn Deutschland ist wiederum für Russland der wichtigste Gaskunde – ein Viertel der gesamten russischen Gasexporte gingen 2020 nach Deutschland. Zum Vergleich (Grafik Seite 3 unten):

Die restlichen EU-Länder sowie das Vereinigte Königreich und die Türkei nahmen zusammen 54 Prozent der Gaslieferungen Russlands ins Ausland ab.

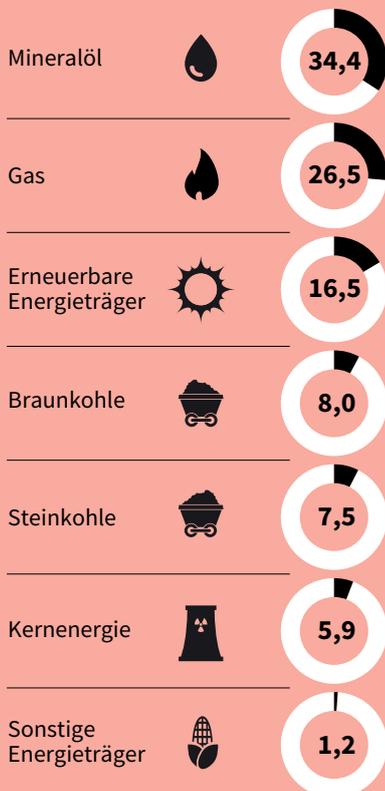
Und was wäre, wenn Russland plötzlich den Gashahn zudreht? Oder wenn die EU einen Importstopp für russisches Gas verhängt? Ganz einfach lässt sich diese Frage nicht beantworten, denn die Versorgungslage Deutschlands hängt von mehreren Faktoren ab:

Eine zentrale Rolle spielen die **Speicherkapazitäten**: Wenn die Tanks zu Beginn der Heizperiode Anfang Oktober gut gefüllt sind, schafft dies gute Voraussetzungen dafür, eine Versorgungslücke zu überbrücken. Denn Deutschland verfügt mit einem nutzbaren Volumen von 24 Milliarden Kubikmetern fast über ein Viertel aller in der EU installierten Erdgasspeicher.

Zu Beginn des Winters im vergangenen Oktober waren die Gasspeicher in Deutschland jedoch nur zu zwei Dritteln gefüllt – in den Jahren zuvor lagen die Speicherstände zum gleichen Zeitpunkt bei mehr als 95 Prozent. Zwischen 20 und 25 Prozent der vorhandenen Gasspeicherkapazitäten in Deutschland gehören außerdem direkt oder über Joint Ventures dem russischen Gasförderkonzern Gazprom und diese Speicher wurden im vergangenen Jahr kaum befüllt.

Energiemix in Deutschland: Überwiegend konventionell

So viel Prozent des Primärenergieverbrauchs in Deutschland stammten im Jahr 2020 aus diesen Quellen



Sonstige Energieträger: Grubengas, nicht erneuerbare Abfälle und Abwärme, Stromtauschsaldo
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
© 2022 IW Medien / iwd

Fossile Brennstoffe: So viel bezieht Deutschland aus Russland

So viel Prozent der Gesamteinfuhren des jeweiligen Energieträgers importierte Deutschland im Jahr 2020 aus Russland



Quellen: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, BP
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Wie lange Deutschland ohne russisches Gas auskommt, hängt zudem von der Verfügbarkeit von **Flüssiggasimporten** aus anderen Lieferländern ab. Deutschland selbst verfügt zwar noch über keine eigenen Flüssiggasterminals, doch die Anbindung an Terminals in den europäischen Nachbarländern ist gut. Auch sind die Umschlagkapazitäten längst nicht ausgereizt. Die Nutzungsrate der EU-Flüssiggasterminals lag 2020 nur bei 50 Prozent.

Allerdings wird nur ein geringer Teil der weltweiten Flüssiggasmengen frei gehandelt, meistens binden sich Liefer- und Abnehmerländer mittels langfristiger Lieferverträge. Außerdem ist die Entwicklung der gehandelten Mengen weltweit schwer abzuschätzen. Hinzu kommt, dass der Transport von Flüssiggas per Schiff dauern kann – je nach Lieferland bis zu zwei Wochen. Und die größten Importkapazitäten für Flüssiggas gibt es EU-weit in Spanien, doch es fehlt die Infrastruktur, um das Gas in größeren Mengen in andere EU-Mitgliedsstaaten zu transportieren.

Die dritte Komponente, die die Versorgungslage beeinflusst, ist die

Temperatur: Je wärmer der Winter, desto weniger Gas wird gebraucht. Ist es jedoch klirrend kalt in Deutschland, steigt der Gasbedarf rapide.

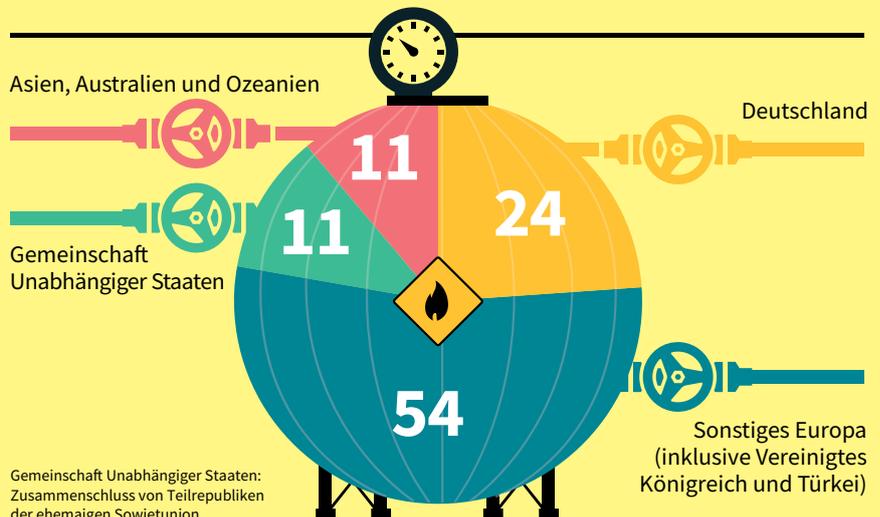
In verschiedenen Modellrechnungen kamen Forscher zu dem Ergebnis, dass Deutschland Versorgungsstörungen – ob nun durch Unterbrechungen der Gaslieferungen durch die Ukraine oder durch ein Ende aller

russischen Gaslieferungen – für einen kurzen Zeitraum kompensieren kann. Wie lange Deutschland im Fall der Fälle tatsächlich ohne Nachschub aus Russland auskommt, hängt wie gesagt von den Füllständen der Gasspeicher, den möglichen Flüssiggasimporten und den Außentemperaturen ab.

Doch es gibt Strategien, um unabhängiger von russischen Gaslieferungen zu werden: Deutschland und die EU sollten sich erstens bemühen, ihre Lieferantenstruktur zu diversifizieren, also zusätzliche Gasexporteure zu gewinnen. Dabei spielen Flüssiggas und die dafür notwendige Infrastruktur eine entscheidende Rolle. Zweitens sollten Maßnahmen entwickelt werden, die ausreichende Gasspeicherstände zum Beginn der nächsten Heizperiode gewährleisten – analog zu den bereits existierenden Kriterien für die Bevorratung von Öl. Und langfristig ist der Ausbau der erneuerbaren Energien der zentrale Baustein, um Deutschlands Energieabhängigkeiten zu reduzieren.

Russisches Gas: Die Abnehmer

So viel Prozent der russischen Gasexporte im Jahr 2020 gingen an diese Abnehmerländer und -regionen

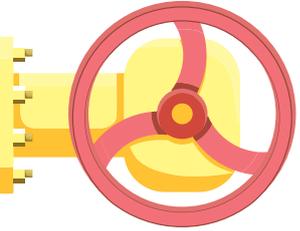


Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Zusammenschluss von Teilrepubliken der ehemaligen Sowjetunion

Quelle: BP
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Das könnte teuer werden



Erdgas. Der Krieg in der Ukraine könnte in Deutschland unter anderem dazu führen, dass die ohnehin hohen Energiepreise weiter steigen. Dies hätte laut einer IW-Simulation erhebliche Auswirkungen auf die Inflationsrate, aber auch auf die Wirtschaftsleistung.

Seit einer Weile kennen die Preise für Gas, Öl und Benzin weitgehend nur eine Richtung: nach oben. War dies zunächst vor allem auf die wirtschaftlichen Verwerfungen infolge der Corona-Pandemie zurückzuführen, machten sich in den vergangenen Wochen – also bereits vor dem eigentlichen Kriegsausbruch – zusätzlich die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine bemerkbar:

Die Energiepreise in Deutschland lagen im Januar 2022 insgesamt um mehr als ein Fünftel über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Erdgas allein kostete gut 32 Prozent, Heizöl sogar fast 52 Prozent mehr als im Januar 2021. Insgesamt verteuerte sich die Lebenshaltung binnen Jahresfrist um 4,9 Prozent.

Dass die Verbraucherpreise hierzulande weiter steigen, ist

angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen keineswegs unwahrscheinlich. Ein wichtiger Faktor ist, dass Deutschland mehr als die Hälfte seiner Erdgasimporte aus Russland bezieht (siehe Seiten 2–3). Zwar gilt es unter Experten als unwahrscheinlich, dass Russland – etwa als Reaktion auf die harten westlichen Sanktionen – die Gaslieferungen nach Deutschland dauerhaft stoppt. Denn dann müsste Russland auf jährliche Euro-Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe verzichten.

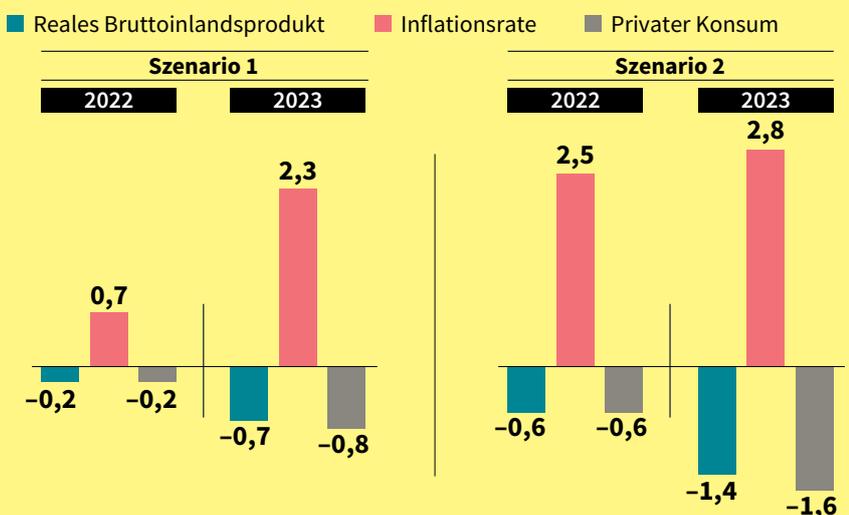
Dennoch sind Liefereinschränkungen denkbar, die den Gaspreis weiter in die Höhe treiben könnten – zumal es in der Bundesrepublik derzeit noch keine Flüssiggasterminals gibt, in denen Gas aus anderen Ländern wie den USA ohne Umwege angeliefert werden könnte, und die hiesige Wirtschaft daher mittelfristig auf Erdgasimporte aus Russland via Pipelines angewiesen ist.

Was eine solche Entwicklung für den künftigen Inflationstrend, aber auch für die Konjunktur in Deutschland bedeuten könnte, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Simulationsrechnung analysiert. Ausgangspunkt dafür ist ein Basisszenario, welches unterstellt, dass der Gaspreis in diesem und im kommenden Jahr deutlich unter das Niveau des vierten Quartals 2021 sinkt – eine Entwicklung, die vor dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts als plausibel gelten durfte.

Gaspreis: Zwei Szenarien und die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft

Ausgangspunkt der Simulation ist ein Basisszenario. Es unterstellt, dass der Gaspreis gegenüber dem Niveau des vierten Quartals 2021 bis Ende 2022 um etwa ein Viertel und im Jahr 2023 um etwa die Hälfte sinkt.

Veränderung zentraler Wirtschaftsindikatoren gegenüber dem Basisszenario in Prozent (reales Bruttoinlandsprodukt und privater Konsum) beziehungsweise in Prozentpunkten (Inflationsrate)

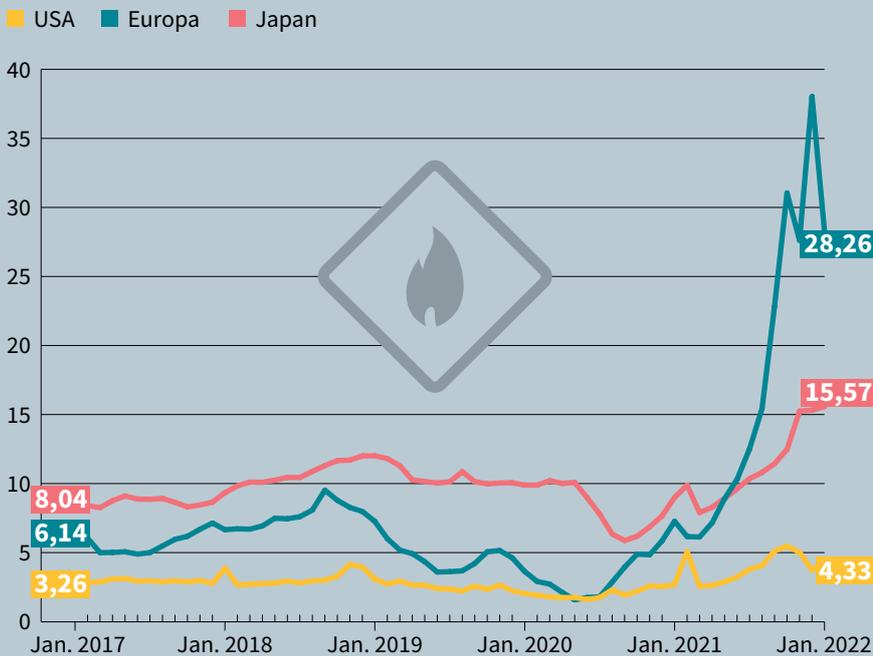


Szenario 1: Der Gaspreis bleibt 2022 aufgrund des Ukraine-Konflikts auf dem Rekordniveau des vierten Quartals 2021; Szenario 2: Der Gaspreis steigt aufgrund einer Zuspitzung des Ukraine-Konflikts um 50 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2021

Quellen: Oxford Economics/Haver Analytics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Gaspreis: In Europa am stärksten gestiegen

Preis für Erdgas in Dollar je Million British Thermal Units



British Thermal Unit: definiert als die Wärmeenergie, die benötigt wird, um ein britisches Pfund Wasser um 1 Grad Fahrenheit zu erwärmen

Quellen: Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Mit diesem Ausgangsszenario werden nun zwei Szenarien verglichen: Im ersten bleibt der Gaspreis gegenüber dem Niveau des vierten Quartals 2021 unverändert, im zweiten steigt er um weitere 50 Prozent. Die Auswirkungen wären entsprechend unterschiedlich gravierend:

- **Inflation.** Bleibt der Erdgaspreis auf dem Niveau vom Jahresende 2021 (Szenario 1), könnten die Verbraucherpreise in Deutschland in diesem Jahr um 0,7 Prozentpunkte stärker steigen als im Basisszenario. Für 2023 ergäbe sich ein Anstieg der Inflationsrate um 2,3 Prozentpunkte.

Deutlich dramatischer wäre der Teuerungseffekt in Szenario 2 (Grafik Seite 4):

Steigt der Erdgaspreis infolge des Kriegs in der Ukraine um 50 Prozent, könnte die Inflationsrate in Deutschland 2022 um 2,5 Prozentpunkte höher ausfallen

als im Basisszenario der IW-Simulation ausgewiesen. Im kommenden Jahr wären es sogar 2,8 Prozentpunkte mehr.

Zieht man die Konjunkturprojektion der Deutschen Bundesbank vom vergangenen Dezember heran, ergibt sich damit für das laufende Jahr eine mögliche Inflationsrate von mehr als 6 Prozent. Im Jahr 2023 könnten die Verbraucherpreise demnach um rund 5 Prozent steigen.

- **Wirtschaftsleistung.** Ein anhaltend hoher oder sogar weiter steigender Preis für Erdgas hätte auch Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität. Weil Europa besonders stark vom Preisanstieg betroffen ist (Grafik), verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Länder etwa gegenüber den USA und Japan. Zudem schwächen die höheren Energiekosten die Kaufkraft der Verbraucher. Die Folge:

Gegenüber dem Ausgangsszenario würde das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in Szenario 1 in diesem Jahr um 0,2 Prozent und im kommenden Jahr um 0,7 Prozent niedriger ausfallen.

Würde sich der Gaspreis wie in Szenario 2 entwickeln, müsste die deutsche Wirtschaft 2022 und 2023 mit Wachstumseinbußen von 0,6 beziehungsweise 1,4 Prozent rechnen.

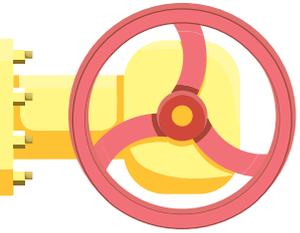
Die von der Bundesbank zuletzt vorhergesagten realen Wachstumsraten von 4,2 Prozent für 2022 und 3,2 Prozent für das nächste Jahr würden demnach klar verfehlt.

Der private Konsum fiel im ersten Szenario im laufenden Jahr um 0,2 Prozent und im kommenden Jahr um 0,8 Prozent niedriger aus als in der Basissimulation berechnet. Sollte das zweite Szenario eintreffen, könnten die Konsumausgaben der Verbraucher 2022 sogar um 0,6 Prozent und 2023 um 1,6 Prozent hinter den Werten des Basisszenarios zurückbleiben.

Auch wenn all diese Szenarien keine Prognosen darstellen und weitere mögliche Auswirkungen des aktuellen Konflikts auf die deutsche Wirtschaft unberücksichtigt bleiben: Die Ergebnisse der Simulation verdeutlichen in jedem Fall, wie problematisch die bis dato so starke Rolle Russlands als Erdgaslieferant für Deutschland ist. Dies zeigt erneut unmissverständlich, dass für die Politik kein Weg daran vorbeiführt, die Energiewende voranzutreiben und dadurch auf lange Sicht den Erdgasbedarf zu senken.

IW-Kurzbericht 14/2022

Galina Kolev, Thomas Obst: Gesamtwirtschaftliche Effekte eines höheren Gaspreises
iwkoeln.de/gaspreis



Interview. Seitdem Russland einen Krieg mit der Ukraine angefangen hat, zeigt sich, wie heikel es für Deutschland ist, wenn mehr als die Hälfte eines so wichtigen Rohstoffs wie Erdgas aus nur einem Lieferland stammt. Welche Auswirkungen eine Gasknappheit auf die heimische Wirtschaft hätte und ob die Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke helfen könnte, die Energiekrise zu lösen, erklärt IW-Geschäftsführer **Hubertus Bardt**.

„Wir haben kurzfristig zu wenig Alternativen zu russischem Gas“

Deutschland bezieht mehr als die Hälfte seines Erdgases aus Russland. Haben wir uns zu abhängig gemacht?

In der augenblicklichen Situation muss man sagen: ja. Würden wir jetzt weniger Gas aus Russland beziehen oder könnten es leichter ersetzen, dann hätte man einen ganz anderen Handlungsspielraum, um die Sanktionen gegen Russland noch wirkungsvoller zu gestalten, als sie es jetzt sind. Und die wirtschaftlichen Schäden für Deutschland wären nicht so groß.

Was wäre wirkungsvoller?

Ein kurzfristiger Verzicht auf russische Gasimporte wäre natürlich eine starke Sanktion. Aber wir müssen auch sehen, welche enormen Konsequenzen das für die Preise und für die Versorgung hätte. Eine Sanktion, die am Ende nicht

durchgehalten werden kann, weil die Rückwirkungen zu groß sind, wäre in jeder Hinsicht kontraproduktiv. Schon heute sind die gestiegenen Energiepreise für Unternehmen eine massive Belastung.

Beschert der Ukraine-Krieg Deutschland ein Revival der fossilen Brennstoffe?

Gas ist als Übergangsenergie in die dekarbonisierte Zeit präferiert worden, um den Kohleausstieg schnell voranzubringen und um die Schwankungen der erneuerbaren Energien ausgleichen zu können. Und je stärker wir erneuerbare Energien nutzen, desto weniger Gas brauchen wir. Was wir allerdings jetzt feststellen können, ist, dass die Gesamtkomposition, also der Mix der Energieträger, mit dem während der Energiewende die Versorgungssicherheit gewährleistet werden

sollte, durch den Krieg in der Ukraine infrage gestellt worden ist.

Es wird ja auch bereits über die Verlängerung der Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke diskutiert ...

Es geht um die drei Kernkraftwerke, die Ende 2022 abgeschaltet werden sollen, und dazu hört man sehr unterschiedliche Auffassungen, was ganz praktisch geht und was nicht geht. Mit Blick auf den nächsten Winter und das Risiko, dass Gaslieferungen aus Russland ausfallen können, müssen alle Optionen auf den Tisch. Und dazu gehört neben dem Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke, dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, der Steigerung der Flüssiggasimporte, einer stärkeren Gasproduktion in den Niederlanden und in Norwegen eben auch die Frage nach



Foto: IW

der längeren Nutzung der bestehenden Kernkraftwerke. Ich bin nicht sicher, ob man die wirklich braucht, sie müssen aber zumindest als Option mit ins Portfolio. Wenn sich dadurch die Laufzeiten um wenige Monate verlängern sollten, ist damit ja auch nicht der Kernenergieanstieg infrage gestellt.

Falls es trotzdem zu Versorgungsengpässen kommen sollte: Welche praktischen Konsequenzen hätte das? Sitzen wir womöglich demnächst in kalten Wohnungen?

Wir hatten 2008/2009 schon einmal Einschränkungen der Gaslieferungen über die Ukraine. Damals floss auch sehr viel weniger Gas aus Russland und plötzlich waren die Heizungen in Südosteuropa aus und auf dem Balkan saßen Menschen im Kalten. Doch seitdem ist in der EU viel passiert: Die Gasspeicher sind

deutlich vergrößert worden, es gibt mehr Häfen, in denen Flüssiggas angelandet werden kann, und es ist besser möglich, Gas von West nach Ost zu transportieren. All diese Fortschritte sind allerdings noch nie in so einen Stresstest geraten und es gibt nach wie vor eine Menge Engstellen.

Wenn wirklich zu wenig Gas verfügbar sein sollte, dann wird zuerst geguckt, wie man Gas in der Stromwirtschaft ersetzen kann – zum Beispiel indem Kohlekraftwerke stärker genutzt werden. Das Potenzial ist aber nicht groß, da viele Kraftwerke gleichzeitig Wärme erzeugen müssen. Zweitens wird die Industrie irgendwann bei zu hohen Energiepreisen aussteigen, was zu Produktionsausfällen führt und unter dem Strich Wohlstandsverluste mit sich bringt. Und als Drittes kommt

die Gruppe der Privathaushalte, die in den Krisenplänen am besten abgesichert ist und daher am wenigsten mit Abschaltungen rechnen muss. Aber auch die Verbraucher müssen sich auf deutlich höhere Energiepreise einstellen und überlegen, wie sie durch bewussteres Heizen weniger Energie verbrauchen können.

Weil Gas für die EU so schwierig zu ersetzen ist, wird auch gerade diskutiert, ob man ein Ölembargo gegen Russland verhängen soll – wie es die USA ja bereits beschlossen haben. Denn Öl ist auch von hoher Bedeutung für den russischen Export und damit für den Staatshaushalt. Doch anders als beim pipelinegebundenen Gas gibt es beim Öl mehr Möglichkeiten, sich auf dem Weltmarkt anderweitig zu versorgen. Aber auch das wird schwierig und teuer.

Gegen Russland ist ja bereits eine Vielzahl von Sanktionen in Kraft. Wann beginnen sie zu wirken?

Die Sanktionen wirken schon! Der Rubel ist abgestürzt, das Warenangebot ist eingeschränkt, viele westliche Unternehmen produzieren nicht mehr in Russland oder liefern nicht mehr dorthin. Allerdings ist vor allem der Energieexport für die Staatsfinanzierung Russlands von hoher Bedeutung und der ist ja bislang im Wesentlichen nicht sanktioniert.

Wie ließen sich denn die bislang beschlossenen Sanktionen noch nachschärfen?

Schon heute sind die Sanktionen erdrückend für die russische Volkswirtschaft. Sicherlich könnte die Liste der sanktionierten Oligarchen weiter verlängert werden. Ansonsten sind wir bei der Frage der Energieexporte mit kaum kalkulierbaren Risiken.

Was ich aber jenseits der politischen Einflussnahme bemerkenswert finde: Es wurden Zeichen gesetzt und Kontakte auf Eis gelegt – angefangen beim Fußball bis hin zu den Unternehmen, die sich auch ohne gesetzlichen Zwang aus Russland zurückgezogen haben, nicht mehr dorthin liefern oder ihre

„Besonders schwierig ist es für die heimischen Unternehmen, die viel Energie – insbesondere Gas – verbrauchen. Der Kostenanstieg ist brutal.“

russischen Niederlassungen zugemacht haben. All das verstärkt die Wirkung von Sanktionen.

Welche Branchen der deutschen Wirtschaft – abgesehen vom Energiesektor – sind aufgrund enger Geschäftsbeziehungen zu Russland besonders vom Konflikt betroffen?

Russland ist als Absatzmarkt für deutsche Unternehmen nicht so entscheidend. Aber trotzdem leidet die deutsche Wirtschaft unter dem russischen Krieg in der Ukraine. Wir sehen viele Betriebe, denen jetzt aufgrund des Kriegs notwendige Teile fehlen – wie die Autohersteller, bei denen die Bänder stillstehen, weil plötzlich Kabelbäume aus der Ukraine fehlen. Auch Rohstofflieferungen fallen aus, Ersatz ist schwer zu beschaffen und teuer. Besonders schwierig ist es auch für Unternehmen, die viel Energie – insbesondere Gas – verbrauchen. Der Kostenanstieg ist brutal.

Gibt es denn Ausweichmöglichkeiten für diese Firmen?

Das ist für alle betroffenen Unternehmen eine ungemein große Herausforderung. Kurzfristige Alternativen gibt es oft nicht, die müssen erst entwickelt werden. Natürlich gibt es für viele Rohstoffe auch alternative Bezugsquellen, aber diese Länder haben nicht unbedingt die nötigen freien Kapazitäten, um das russische Angebot auf die Schnelle zu ersetzen – schon gar nicht zu den bisherigen Preisen. Das ist schon ein ziemlicher Einschnitt, wenn so riesige Länder wie Russland als Handelspartner wegfallen.

Und was auch noch problematisch werden kann, ist die Versorgung mit Weizen. Russland und die Ukraine sind große Weizenproduzenten mit hohen Weltmarktanteilen. Auch hier steigen die Preise – und damit auch für andere Lebensmittel. Bei uns in Deutschland mögen gut situierte Haushalte das nur als lästig empfinden, wenn das Brötchen teurer wird, aber es gibt Einkommensgruppen und ganze Weltregionen, wo höhere Nahrungsmittelpreise schwerwiegende Probleme verursachen.

Worauf müssen wir uns denn in puncto Preissteigerungen gefasst machen?

Allein der höhere Gaspreis zu Beginn des laufenden Jahres heizt die Inflation in Deutschland um einen guten halben Prozentpunkt im gesamten Jahr 2022 an, im nächsten Jahr voraussichtlich um zweieinhalb gegenüber einem Basisszenario, in dem der Gaspreis im Laufe dieses Jahres um ein Viertel zurückgeht. Und je höher der Gaspreis, desto stärker die Aufschläge. Wohl gemerkt: In dieser Berechnung sind der höhere Ölpreis, andere Rohstoffe, Preisaufrufe durch Produktionsengpässe, die höheren Lebensmittelpreise und alles Weitere, was sich verteuern wird, noch gar nicht berücksichtigt.

Was bedeutet das für das Wachstum unserer Wirtschaft?

Diese Entwicklung wird zumindest den Aufholprozess nach den beiden Corona-Jahren ziemlich dämpfen. Allein die höheren Energiepreise schränken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen massiv ein, hinzu kommen die Lieferkettenprobleme, die nun erneut aufgrund eines externen Auslösers auftreten. Es wurden deswegen in der Automobilindustrie schon wieder Schichten abgesagt, das ist natürlich ein Warnsignal. Wenn zum Beispiel das Edelgas Neon aus Russland fehlt, das für die Halbleiterproduktion benötigt wird, verschärfen sich die Wachs-

„Über die Bundesausgaben mache ich mir wenig Sorgen. Der Wohlstandsverlust durch eine mögliche Wirtschaftskrise wiegt viel schwerer.“

tumsbremsen noch weiter. Und neue kommen hinzu.

Auf die steigenden Preise reagiert die Politik bereits mit Entlastungen. Hinzu kommen weitere Ausgaben wie für die Bundeswehr und die Aufnahme von Flüchtlingen. Kann Deutschland all das finanziell stemmen?

Über diese Ausgaben des Bundes mache ich mir im Augenblick am wenigsten Sorgen. Selbst wenn all diese Ausgaben vorübergehend zu einer höheren öffentlichen Verschuldung führen, ist das leistbar. Der Wohlstandsverlust durch eine mögliche Wirtschaftskrise wiegt viel schwerer.

Exportwirtschaft sichert Jobs

Arbeitsmarkt. Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg fußt zu einem großen Teil auf dem Export. Ein Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt, dass der Anteil derjenigen, deren Job von ausländischer Nachfrage abhängt, nach wie vor und trotz Pandemie hoch ist. Die Corona-Folgen haben sich allerdings sehr unterschiedlich auf das Verarbeitende Gewerbe und die Dienstleistungsbranche ausgewirkt.

Durch die Corona-Krise schrumpfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert und die Wirtschaft exportierte weniger als zuvor. Das wirkte sich auch auf den Arbeitsmarkt aus, wie eine Analyse der IW Consult zeigt: Während im Jahr 2019 mehr als 11,8 Millionen Jobs direkt oder indirekt vom Exportgeschäft abhingen, waren es 2020 noch etwa 11,4 Millionen. Die Bedeutung des Exportgeschäfts für den Arbeitsmarkt blieb dabei relativ gesehen jedoch nahezu konstant (Grafik):

Im Jahr 2020 hingen 25,4 Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschland von Ausfuhren ab, im Jahr zuvor war der Anteil mit 26,2 Prozent nur geringfügig höher.

Interessant ist allerdings, wie unterschiedlich sich die Pandemie auf die vom Export abhängigen Jobs in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen auswirkte:

Im Dienstleistungssektor sank der Anteil der Beschäftigten, deren Tätigkeit auf dem Export fußt, von 19,6 Prozent im Jahr 2019 auf 18,8 Prozent im Jahr 2020.

Im Verarbeitenden Gewerbe veränderte sich der Anteil der vom Export finanzierten Arbeitsplätze im ersten Corona-Jahr dagegen nicht: Sowohl 2019 als auch 2020 hingen 59,8 Prozent der Jobs am Außenhandel.

Diese Abweichung könnte damit zu tun haben, dass einerseits die Mobilität von Personen, die gemeinhin Dienstleistungen erbringen, in der Corona-Krise stark eingeschränkt war. Andererseits wurden Waren im Großen und Ganzen weiterhin ungehindert über internationale Grenzen hinweg gehandelt. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Sektoren liegt außerdem darin, inwiefern die Arbeitsplätze direkt oder aber lediglich indirekt mit dem Export verquickt sind.

Die am Export hängenden Arbeitsplätze in der Industrie haben zu über zwei Dritteln unmittelbar mit dem Außenhandel zu tun:

Fast 3,3 Millionen Menschen produzierten 2020 in Deutschland Waren, die ins Ausland gingen.

Im Dienstleistungssektor arbeitete mit 2,2 Millionen Personen hingegen nur etwas mehr als ein Drittel all jener, deren Jobs vom Export leben, in einer Firma, die

direkt mit dem Ausland handelt oder selbst im Ausland agiert. Deutlich mehr Menschen im Dienstleistungssektor waren dagegen bei Firmen beschäftigt, die Vorprodukte für Exportunternehmen beisteuern – beispielsweise in Form von Transportlogistik oder einer passenden IT-Infrastruktur.

Viele Jobs in der Exportwirtschaft

So viele Tausend Arbeitsplätze hingen in Deutschland vom Exportgeschäft ab

	2019	2020
Direkt	5.971	5.686
Indirekt	5.875	5.725
Insgesamt	11.847	11.410
in Prozent aller Arbeitsplätze	26,2	25,4

Darunter: Verarbeitendes Gewerbe

Direkt	3.364	3.286
Indirekt	1.281	1.248
Insgesamt	4.645	4.534
in Prozent aller Arbeitsplätze	59,8	59,8

Darunter: Dienstleistungssektor

Direkt	2.438	2.242
Indirekt	4.167	4.059
Insgesamt	6.605	6.301
in Prozent aller Arbeitsplätze	19,6	18,8

Sorgen um morgen

Altersversorgung. Auch wenn die gesetzliche Rente allein längst nicht mehr den gewohnten Lebensstandard im Alter sichert, machen sich nur bestimmte Teile der Bevölkerung in Deutschland große Sorgen um ihre finanzielle Situation im Alter. Die Politik sollte dies bei ihren Plänen für eine verpflichtende Vorsorge berücksichtigen.

Schon seit längerem altert die Bevölkerung in Deutschland, die Gruppe der Rentnerinnen und Rentner wird im Verhältnis zur Zahl der Bundesbürger im erwerbsfähigen Alter immer größer. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung bereits im Jahr 2001 das Prinzip aufgegeben, wonach die gesetzliche Rente für sich genommen ausreichen soll, um den Lebensstandard der Bevölkerung im Alter zu sichern. Stattdessen fördert die Politik die private Vorsorge – zum Beispiel über die Riester-Rente – und hat die Möglichkeiten der betrieblichen Vorsorge erweitert.

Nun überlegt die Ampelkoalition, noch einen Schritt weiterzugehen – sie will die Möglichkeit einer für alle verpflichtenden privaten Altersvorsorge prüfen lassen, von der sich die Bundesbürger nur über eine Ausstiegsklausel befreien lassen könnten.

Eine solche Regelung könnte allerdings erheblich in die individuelle Lebensplanung eingreifen und rationalen Erwägungen widersprechen. So kümmern sich junge Menschen möglicherweise bewusst erst mal um ihre Aus- und Weiterbildung sowie um die Familiengründung und investieren erst später in die Altersvorsorge.

Für die Politik ist es daher wichtig zu verstehen, wie die Bürgerinnen und Bürger mit Blick auf die Altersversorgung „ticken“. Eine wesentliche Frage lautet: Wer macht sich überhaupt und, wenn ja, in welchem Maße Sorgen um die finanzielle Zukunft und bräuchte deshalb gegebenenfalls Unterstützung durch den Staat?

Dieser Frage ist das IW mithilfe von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) nachgegangen. Es zeigt sich, dass das Thema Altersversorgung in der Tat einen beachtlichen Teil der Bevölkerung umtreibt (Grafik):

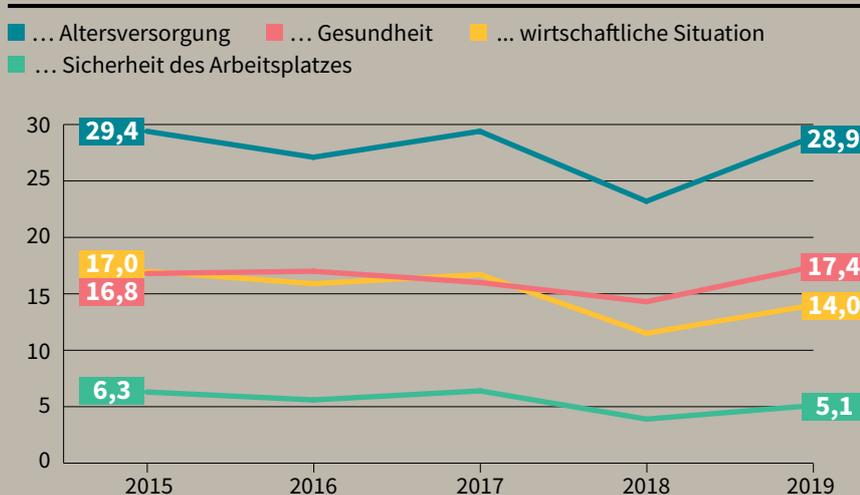
Im Jahr 2019 machten sich annähernd 30 Prozent der 18- bis 64-Jährigen in Deutschland große Sorgen um die eigene Altersversorgung.

Damit war der Anteil deutlich größer als zum Beispiel der Anteil jener, die sich um die eigene Gesundheit sorgen – er lag zuletzt bei 17 Prozent. Allerdings ist dabei zu beachten, dass die Daten aus dem letzten Vor-Corona-Jahr stammen. Der Blick auf die eigene wirtschaftliche Situation stimmte damals weniger als 15 Prozent der Bundesbürger im erwerbsfähigen Alter sorgenvoll, mit Blick auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes betrug der Anteil sogar nur 5 Prozent.

Nun ist die Bevölkerung allerdings alles andere als eine homogene Gruppe und daher gilt es auch mit Blick auf die Sorgen um die Altersvorsorge, genau hinzuschauen.

Altersversorgung treibt die Bundesbürger am meisten um

So viel Prozent der 18- bis 64-Jährigen in Deutschland machten sich große Sorgen um die eigene ...



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Grundsätzlich befürchten die Erwachsenen umso weniger finanzielle Engpässe im Alter, je höher ihr Einkommen ist. Ein Beispiel (Grafik):

Von den 30- bis 34-Jährigen, deren Einkommen im unteren Drittel dieser Altersgruppe liegt, sorgen sich 29 Prozent um ihre Altersversorgung – von den Gleichaltrigen im oberen Einkommensdrittel tun dies nur 15 Prozent.

Besonders auffällig ist das Zusammenspiel von Alter und Einkommen. In der Mitte und am oberen Rand der Einkommensskala nehmen die Sorgen nach dem Eintritt ins Berufsleben allmählich ab – je näher der Eintritt ins Rentenalter rückt, desto gesicherter sind offenbar die finanziellen Perspektiven. Eine Rolle dürfte dabei auch spielen, dass die heute 50- bis 64-Jährigen mit einem höheren Versorgungsniveau aus der gesetzlichen Rente rechnen können als die Jüngeren.

Etwas anders sieht der Befund für die Bezieher niedrigerer Einkommen aus – hier sorgen sich die älteren Kohorten stärker um ihre Finanzen nach Rentenbeginn. Das könnte damit zusammenhängen, dass das verfügbare Einkommen größtenteils unmittelbar ausgegeben wird und/oder die Menschen erst relativ spät die Notwendigkeit erkennen, für später vorzusorgen.

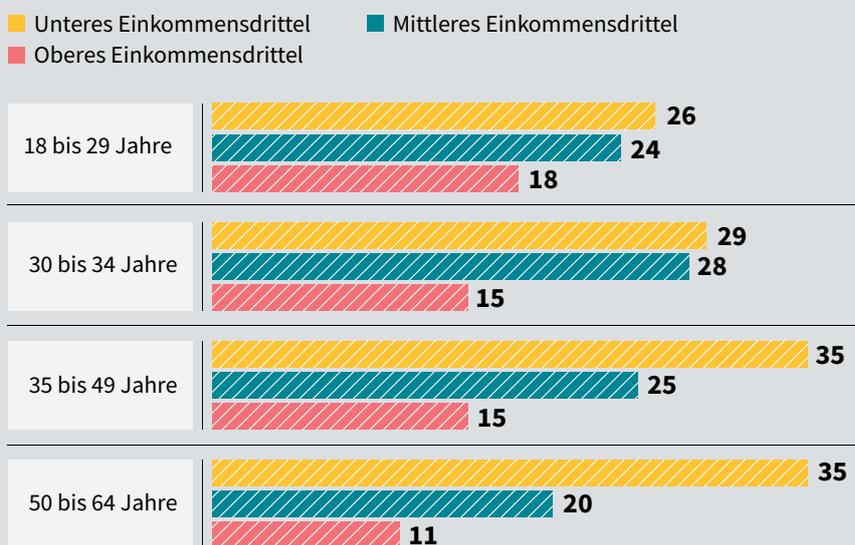
Auch das Geschlecht spielt für das Sorgenniveau eine Rolle:

Im Vergleich zu Männern machen sich Frauen mit einer um 3 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit Sorgen um ihre Altersvorsorge, wenn man bei der Berechnung andere Faktoren wie beispielsweise Alter und Einkommen konstant hält.

Ein Grund dafür könnten sein, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit öfter unterbrechen als Männer – etwa, um Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen – und häufiger in

Altersversorgung: Je höher das Einkommen, desto kleiner die Sorgen

So viel Prozent der Menschen in Deutschland, die zu dieser Einkommensklasse gehörten, machten sich im Jahr 2018 große Sorgen um die eigene Altersversorgung



Einkommensdrittel: Die Einkommen der Haushalte in den vier Altersgruppen werden der Größe nach gereiht und in drei gleich große Gruppen geteilt. Betrachtet wird das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen, also das Einkommen nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen inklusive Renten und sozialer Transfers. Die Bedarfsgewichtung berücksichtigt, dass ein Mehrpersonenhaushalt Kostenvorteile hat, weil Gebrauchsgüter wie Waschmaschinen gemeinsam angeschafft und genutzt werden können, und dass Kinder weniger Geld benötigen als Erwachsene.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Teilzeit arbeiten. Beides reduziert die Rentenansprüche.

Darüber hinaus spielt aber auch der Beschäftigungsstatus eine Rolle. So machen sich zum Beispiel Angestellte und Beamte weniger Sorgen um ihre Altersversorgung als Arbeiter. Dies gilt selbst dann, wenn man die Einkommensunterschiede herausrechnet.

Schließlich fällt auf, dass diejenigen, die mit einem Riester-Vertrag privat vorsorgen, sich kaum weniger um ihre spätere finanzielle Situation sorgen als jene, die auf eine solche Förderung verzichten.

Signifikant reduziert sind die Sorgen um die Finanzen im Rentenalter dagegen bei jenen, die von einer betrieblichen Altersvorsorge profitieren.

Diese Diskrepanz könnte darauf zurückzuführen sein, dass die erwar-

teten finanziellen Ansprüche aus den Riester-Verträgen oft nicht besonders hoch sind.

Unterm Strich zeigen die Befunde des IW, dass das Thema Altersversorgung den Bundesbürgern in sehr unterschiedlichem Maße Bauchschmerzen bereitet. Probleme, rechtzeitig und in ausreichendem Maße vorzusorgen, haben demnach vor allem jene mit relativ geringem Einkommen. Statt obligatorische Vorsorgeinstrumente für alle zu erwägen, sollte die Politik also eher prüfen, wie sie die private und betriebliche Altersvorsorge gezielt für Personen mit hohem Altersarmutsrisiko fördern kann.

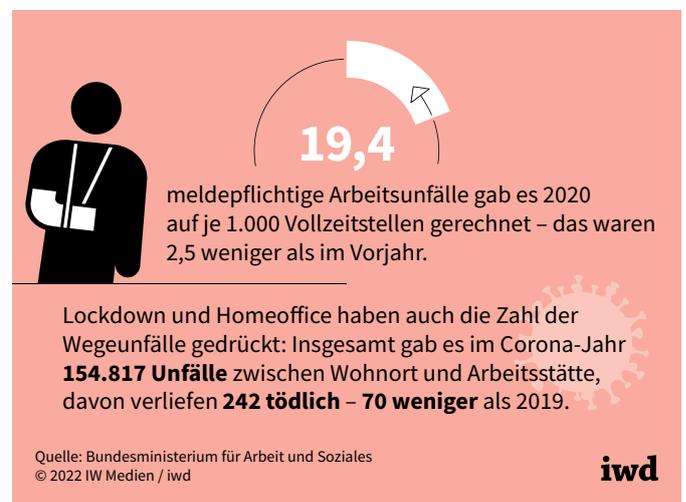
Aus IW-Trends 1/2022

Ruth Maria Schüler: Sorgen um die Altersversorgung in Deutschland
iwkoeln.de/altersversorgung

Weniger Arbeitsunfälle durch Corona

Gesetzliche Unfallversicherung. Der betriebliche Arbeitsschutz ist eine Erfolgsgeschichte: Binnen zwei Jahrzehnten sank die Arbeitsunfallquote um mehr als 40 Prozent. Im ersten Corona-Jahr 2020 haben sowohl der vollständige Lockdown als auch die allgemeinen Einschränkungen des öffentlichen Lebens die Zahl der Arbeits- und Wegeunfälle zusätzlich sinken lassen. Zwar löste das Coronavirus eine Rekordzahl an Verdachtsmeldungen bei den Berufserkrankungen aus: Hier gab es ein Plus von mehr als 31.700 Verdachtsfällen im Vergleich zum Vorjahr. Kritische Verläufe waren aber vor allem bei älteren Menschen zu beklagen – wodurch die Corona-Infektionen zu keinem signifikanten Anstieg bei den neu gewährten Berufsunfähigkeitsrenten führten. Insgesamt hat die gesetzliche Unfallversicherung im Jahr 2020 rund 16,4 Milliarden Euro ausgegeben. Das waren rund 750 Millionen Euro mehr als im Vorjahr, die vor allem in die Betriebsmittel und Rücklagen geflossen sind. Das Gros der Ausgaben für den Arbeitsschutz schultern die Unternehmen selbst, ohne Zutun ihrer Mitarbeiter.

Auch wenn im ersten Corona-Jahr das zugrunde liegende Arbeitsentgelt deutlich gesunken ist, konnte der Beitragssatz zur Unfallversicherung meist konstant gehalten werden. In einzelnen Sektoren mussten die Unternehmen allerdings etwas höhere Beiträge stemmen.



Weniger Unfälle quer durch alle Branchen

Gemeldete Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter in der gewerblichen Wirtschaft

Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft insgesamt



	2000	2010	2019	2020
Bauwirtschaft	90,4	66,5	52,0	49,8
Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation	48,8	43,5	43,1	39,0
Nahrungsmittel und Gastgewerbe	56,0	40,1	33,5	31,6
Holz und Metall	58,3	42,6	32,8	31,4
Handel und Warenlogistik	32,6	26,9	23,6	22,2
Rohstoffe und chemische Industrie	30,8	19,2	19,0	17,4
Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse	22,9	21,8	17,9	16,0
Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	15,9	15,7	15,7	13,9
Verwaltung	19,0	15,8	14,2	11,4

Vollarbeiter: Teilzeitkräfte umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze; gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand; Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation: bis 2015 Transport und Verkehrswirtschaft; Verwaltung: einschließlich Bahnen, Glas/Keramik

Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
© 2022 IW Medien / iwd

Stabile Beitragslast

Beiträge der Arbeitgeber zur Unfallversicherung in Prozent des gesamten Arbeitsentgelts

2010	2019	2020	
3,95	3,25	3,34	Bauwirtschaft
2,17	1,73	1,78	Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation
1,72	1,38	1,45	Nahrungsmittel und Gastgewerbe
1,44	1,33	1,36	Rohstoffe und chemische Industrie
1,48	1,21	1,21	Holz und Metall
1,13	1,00	1,00	Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse
0,99	0,94	0,94	Handel und Warendistribution
0,91	0,81	0,78	Verwaltung
0,76	0,73	0,74	Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

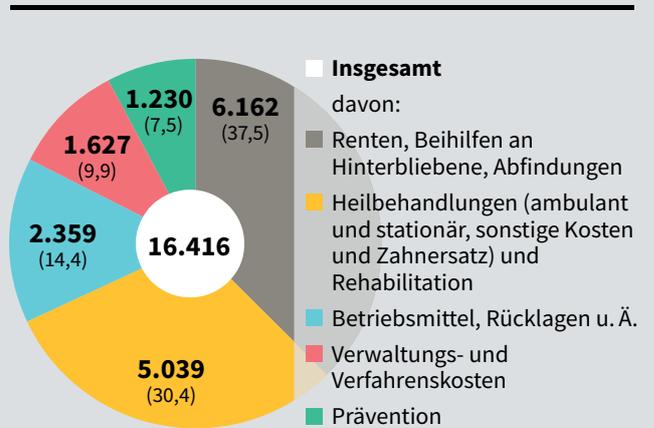


Gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand; Verwaltung: einschließlich Bahnen, Glas/Keramik

Quellen: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

Das Gros für Renten und Heilbehandlungen

Aufwendungen der gesetzlichen Unfallversicherung 2020 in Milliarden Euro (in Prozent)

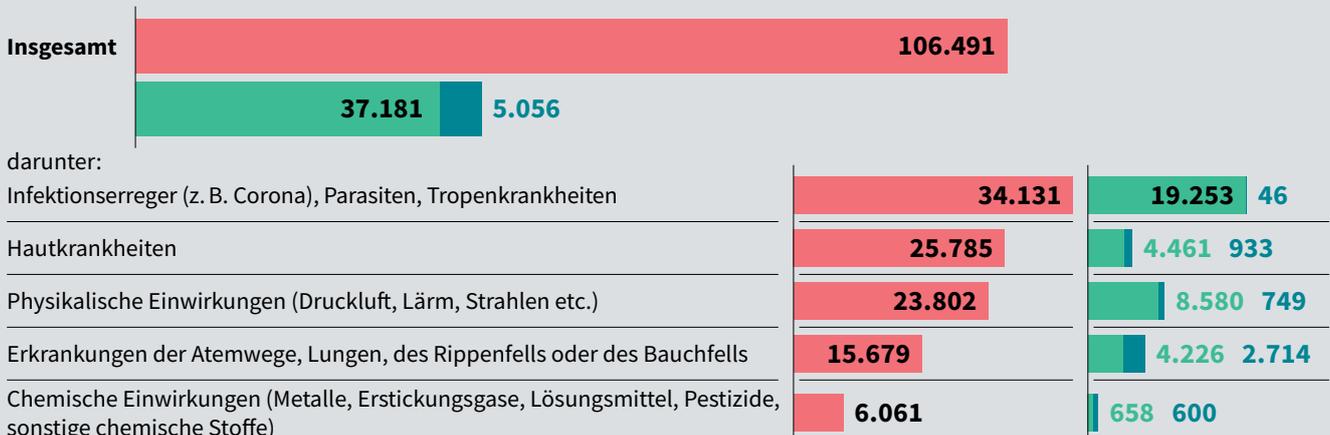


Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung © 2022 IW Medien / iwd

Von der Meldung bis zur Rente

Im Jahr 2020 wurden von den am häufigsten angezeigten Fällen so viele auch als Berufskrankheit anerkannt und führten schließlich zu einer neuen Berufsunfähigkeitsrente

Verdachtsanzeigen Anerkennung – darunter: Neue Renten



Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung © 2022 IW Medien / iwd

Gesetzliche Unfallversicherung. Im Jahr 2020, dem ersten Corona-Jahr, haben sich weniger Arbeits- und Wegeunfälle ereignet – Lockdown und Homeoffice sei Dank. Gleichzeitig hat das Virus zu mehr Verdachtsfällen bei den Berufserkrankungen geführt. Dennoch setzt sich die Erfolgsstory des betrieblichen Arbeitsschutzes fort, sagt **Jochen Pimpertz**, Leiter des Kompetenzfelds „Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung“ im Institut der deutschen Wirtschaft.



Foto: IW Medien

„Den Infektionsschutz schultern die Betriebe“

Im ersten Corona-Jahr ist das Arbeitsunfallrisiko in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft gesunken – von rund 24 Fällen je 1.000 Vollzeitstellen im Jahr 2019 auf 21 im Jahr 2020. Vermutlich haben Lockdown und Homeoffice die Entwicklung begünstigt. Denn nicht nur die Zahl der Arbeitsunfälle, sondern auch die der Wegeunfälle ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Tatsächlich sinkt aber das Arbeitsunfallrisiko bereits seit zwei Jahrzehnten – zur Jahrtausendwende gab es noch gut 37 Fälle auf je 1.000 Vollzeitstellen.

Dass die Unternehmen in Deutschland den Arbeitsschutz auch während der Pandemie weiterentwickelt haben, kommt nicht nur in den zahlreichen Betriebsbesichtigungen durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften zum Ausdruck. Im ersten Corona-Jahr wurden in gut

29.000 Schulungen auch mehr als 211.000 Teilnehmer in Sachen Arbeitsschutz trainiert.

Deutliche Spuren hat Corona allerdings in der Statistik der Berufserkrankungen hinterlassen. Immer dann, wenn eine Erkrankung möglicherweise durch die berufliche Tätigkeit ausgelöst wird, muss der Arbeitgeber nämlich einen Verdachtsfall an die Berufsgenossenschaft melden. Vor Corona rangierten Hauterkrankungen an der Spitze der Verdachtsfälle, mit der Pandemie wurden sie aber von den „Infektionserregern“ abgelöst – hierunter werden Corona-Fälle eingeordnet. Ob sich die Mitarbeiter im privaten Umfeld oder am Arbeitsplatz infiziert haben, lässt sich nicht immer klären. Dennoch wurden über 19.000 Fälle anerkannt – ohne dass deswegen die Kosten für Heilbehandlungen oder

die Zahl der infektionsbedingten Berufsunfähigkeitsfälle signifikant angestiegen sind.

Schaut man auf die Gesamtaufwendungen der gesetzlichen Unfallversicherung, mag der vergleichsweise geringe Ausgabeposten von 1,2 Milliarden Euro für die Prävention irritieren. Rentenzahlungen machen mit mehr als 6 Milliarden Euro aller Gesamtausgaben die größten Posten aus, gefolgt von den Behandlungskosten mit 5 Milliarden Euro. Geht es aber um Investitionen in ergonomische Arbeitsplätze oder sichere Maschinen, dann tauchen die Kosten nicht in der Bilanz der Berufsgenossenschaften auf, sondern in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Unternehmen. Das gilt im Übrigen auch für die Aufwendungen, die der Infektionsschutz in den Betrieben erfordert.

Das Saarland schrumpft und schwächtelt

Landtagswahl. Am 27. März wird im Saarland ein neuer Landtag gewählt. Nach 20 Jahren mit einer CDU-geführten Regierung steht womöglich ein Regierungswechsel an. Das überrascht nicht: Verglichen mit dem bundesweiten Durchschnitt liegt im Saarland einiges im Argen.

Die Wirtschaft ist das Sorgenkind der Saarländer. Im vergangenen November bewerteten laut Infratest Dimap fast zwei Drittel der Einwohner die Wirtschaftslage als weniger gut oder sogar schlecht. Vor der Landtagswahl 2017 hatten noch 66 Prozent der Bürger die Lage positiv bewertet. Tatsächlich ist das Saarland verglichen mit der bundesweiten Wirtschaftsleistung abgeschlagen (Grafik):

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Saarland von 2010 bis 2020 um gut 5 Prozent gesunken. Bundesweit stieg es im selben Zeitraum um mehr als 10 Prozent.

Ein Grund dafür war die Pandemie: Während das BIP 2020 bundesweit „nur“ um rund 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr schrumpfte, waren es im Saarland fast 7 Prozent. Doch schon von 2010 bis 2019 war das Wirtschaftswachstum im kleinsten Flächenland der Republik mit 1,6 Prozent minimal – Deutschlands BIP legte zehnmals so stark zu.

Das liegt unter anderem daran, dass das Saarland mit 43 Prozent eine im nationalen Vergleich hohe Exportquote hat und ein Großteil der Wirtschaftsleistung auf die Stahl- und Automobilindustrie entfällt. Dadurch ist die Wirtschaft wenig diversifiziert und anfällig für weltweite konjunkturelle Störfaktoren wie jüngst die stockenden Lieferketten.

Ein weiteres Problem: Saarländischen Kommunen fehlt es an Investitionskraft. Kein anderes Bundesland investierte im Jahr 2021 je Einwohner so wenig in die Infrastruktur wie das Saarland – so eine Studie der Bertelsmann Stiftung.

Auch der Blick auf den Arbeitsmarkt bietet wenig Grund zur Freude: **Von 2010 bis 2021 wuchs die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um knapp 10 Prozent. Deutschlandweit war der Anstieg mehr als doppelt so hoch.**

Ein Grund: In kaum einer deutschen Region schrumpft die Bevölkerung so stark. Anfang der 2000er Jahre lebten im Saarland noch weit über eine Million Menschen. Inzwischen sind es nur noch knapp 980.000.

Entsprechend steckt die CDU, die im Saarland seit 20 Jahren regiert, im Umfragetief. Die Stimmung bis zur Wahl noch zu drehen, dürfte für die Union schwer werden.

Entsprechend steckt die CDU, die im Saarland seit 20 Jahren regiert, im Umfragetief. Die Stimmung bis zur Wahl noch zu drehen, dürfte für die Union schwer werden.

Entsprechend steckt die CDU, die im Saarland seit 20 Jahren regiert, im Umfragetief. Die Stimmung bis zur Wahl noch zu drehen, dürfte für die Union schwer werden.

Entsprechend steckt die CDU, die im Saarland seit 20 Jahren regiert, im Umfragetief. Die Stimmung bis zur Wahl noch zu drehen, dürfte für die Union schwer werden.

Das Saarland in Zahlen

WAHL 2022

	Saarland	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2020 in Euro	34.125	40.088
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2020 gegenüber 2010 in Prozent	-5,2	10,4
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung 2021 gegenüber 2010 in Prozent (Juni)	9,6	20,9
Arbeitslosenquote 2021 in Prozent	6,8	5,7
Breitbandversorgung der privaten Haushalte Mitte 2021 mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde in Prozent	98,0	95,1

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Bundesagentur für Arbeit, atene KOM © 2022 IW Medien / iwd

iwd

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Klimaneutraler Versand mit der Deutschen Post



Zahl der Woche


62 Prozent

Top-Liste: Faltige EU

Wir werden ja alle nicht jünger, aber wenn sich gleich ein ganzer Staatenverbund wie die EU daran macht, immer mehr Falten zu bekommen, ist das schon bedenklich: Zwischen 2011 und 2021 ist das Medianalter der EU-Bevölkerung von 41,6 auf 44,1 Jahre gestiegen, die Hälfte der rund 447 Millionen EU-Einwohner hat also mindestens schon 44-mal Geburtstagskerzen ausgepustet. Den schnellsten Alterungsprozess durchlebt die spanische Bevölkerung, sie hat ihr Medianalter innerhalb von zehn Jahren um fast viereinhalb Jahre heraufgeschraubt. Die Deutschen, gerne belächelt für ihr langweiliges Auftreten in Rentnerbeige, haben sich mit einem Altersplus von etwas mehr als einem Jahr im selben Zeitraum vergleichsweise gut gehalten. Und ein Mitgliedsstaat hat sich sogar verjüngt: In Schweden lag das Medianalter zuletzt bei 40,6 Jahren, das waren zweieinhalb Monate weniger als 2011.

der deutschen Unternehmen aus Industrie und industrienahen Dienstleistungen rechnen mit eher großen oder sogar sehr großen Belastungen für ihr Geschäft, weil die Energiepreise aufgrund des Kriegs in der Ukraine massiv steigen. Schaut man nur auf die Industriefirmen, ist der Anteil mit 71 Prozent sogar noch höher. Auf Platz zwei des Sorgen-Rankings folgen Belastungen durch ausbleibende Gaslieferungen, die für knapp ein Drittel der Firmen problematisch wären. Nahezu gleichauf liegen die Sorgen darüber, dass Lieferanten ausfallen und so Produktionsprozesse ins Stocken geraten – aufgrund fehlender Teile aus der Ukraine mussten deutsche Autobauer ihre Bänder bereits teilweise stoppen. Wenig Angst macht den befragten Firmen in Deutschland dagegen, dass ihnen durch den Krieg in der Ukraine und aufgrund der Sanktionen gegen Russland Absatzmärkte wegbrechen: Das sehen nur 7 Prozent der Betriebe als eher große oder sehr große Belastung.

EU: Fast alle Bevölkerungen altern

Um so viele Jahre veränderte sich das Medianalter der Bevölkerung in den EU-Staaten zwischen Anfang 2011 und Anfang 2021

	Medianalter Anfang 2011 in Jahren	Medianalter Anfang 2021 in Jahren
Spanien	4,4	44,7
Portugal	4,1	45,8
Griechenland	4,0	45,5
Slowakei	4,0	41,4
Irland	4,0	38,5
...		
Deutschland	1,2	45,9
Finnland	1,2	43,3
Belgien	0,9	41,8
Luxemburg	0,6	39,6
Malta	0,0	40,1
Schweden	-0,2	40,6

Medianalter: Die eine Hälfte der Bevölkerung ist jünger, die andere älter

Quelle: Eurostat

© 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 19/2022

Hubertus Bardt, Michael Grömling, Edgar Schmitz: Russlands Krieg in der Ukraine belastet deutsche Unternehmen
iwkoeln.de/belastung_unternehmen